

Stand: 20.04.2026 08:14:01

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/8870

"Energie Energieeffizienz von Gebäuden - Konsultation zur Initiative "Renovierungswelle"  
11.06.2020 - 09.07.2020"

---

Vorgangsverlauf:

1. Europaangelegenheit (Drucksache) 18/8870 vom 30.06.2020
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/10256 des BV vom 06.10.2020
3. Beschluss des Plenums 18/10344 vom 08.10.2020
4. Plenarprotokoll Nr. 55 vom 08.10.2020



## Europaangelegenheit

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

**Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union;**

**Energie**

**Energieeffizienz von Gebäuden – Konsultation zur Initiative „Renovierungswelle“**

**11.06.2020 – 09.07.2020**

**Verfahren gemäß § 83d BayLTGeschO**

1. Der Ausschuss hat in seiner 26. Sitzung am 30. Juni 2020 im Wege der Vorprüfung einstimmig beschlossen, dass eine Beteiligung des Landtags am Konsultationsverfahren der Europäischen Kommission erforderlich ist.
2. Der Ausschuss hat beschlossen, das Konsultationsverfahren zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr zu überweisen (§ 83d Abs. 1 BayLTGeschO).

### **Begründung:**

Nach dem Ergebnis der Vorprüfung ist die Konsultation landespolitisch von Bedeutung und Interessen des Landes sind berührt.

Zur Umsetzung ihrer Klima- und Energieeffizienzziele plant die Europäische Kommission derzeit eine Initiative mit dem Titel „Renovierungswelle für private und öffentliche Gebäude“. Vor dem Hintergrund, dass 40 Prozent des Energieverbrauchs und 36 Prozent der Treibhausgasemissionen in der EU auf den Gebäudesektor entfallen, soll diese Initiative eine der zentralen Maßnahmen im Rahmen des [Green Deals](#) der Europäischen Kommission sein, der die Schaffung eines [klimaneutralen Europas bis 2050](#) zum Ziel hat.

Mit dieser Konsultation möchte die Kommission Meinungen dazu einholen, auf welche Arten von Gebäuden sich die Initiative im Wesentlichen konzentrieren sollte. Es steht jedoch bereits fest, dass die Renovierung öffentlicher Gebäude (Sozialwohnungen, Schulen und Krankenhäuser) einen Schwerpunkt bilden soll. Somit ist absehbar, dass die anstehende Regelung dieses Bereichs durch die EU erhebliche Auswirkungen auf den Freistaat Bayern und die bayerischen Kommunen als Eigentümer von öffentlichen Gebäuden haben wird.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr**

**Europaangelegenheit des Ausschusses für Bundes- und  
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen**  
Drs. 18/8870

**Konsultationsverfahren der Europäischen Union;  
Energie  
Energieeffizienz von Gebäuden - Konsultation zur Initiative "Renovierungs-  
welle"  
11.06.2020 - 09.07.2020**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass folgende Stellungnahme abzugeben:

Der Landtag sieht in Bezug auf die Initiative „Renovierungswelle“ ein hohes Maß an Betroffenheit sowie eine erhebliche landespolitische Bedeutung:

Zum einen berührt die Initiative „Renovierungswelle“ insbesondere den sozialen Wohnungsbau. Im Bereich des geförderten Wohnungsbaus darf die „Renovierungswelle“ nicht dazu führen, dass die Wohnkostenbelastung der Mieterinnen und Mieter erheblich steigt. Dieses Segment des Wohnungsmarkts wendet sich an einkommensschwächere Haushalte, die häufig nicht über die finanziellen Spielräume verfügen, um höhere Wohnkosten tragen zu können.

Zum anderen erfordert eine energetische Ertüchtigung von Gebäuden, die 0 Nettoemissionen von Treibhausgasen bis 2050 zum Ziel hat, erhebliche Investitionen, denen nicht zwingend Einsparungen bei den Kosten für Heizung und Kühlung in gleichem Umfang gegenüberstehen. Vom Eigentümer aufgewendete Kosten für die energetische Ertüchtigung können zudem auf Mieter umgelegt werden; eine „warmmietenneutrale“ Renovierung ist dabei umso unwahrscheinlicher, je ambitionierter die Einsparziele sind.

Unklar bleibt überdies, ob nach der Vorstellung der Kommission auch gesetzlicher Zwang zur Modernisierung ausgeübt werden soll. Dieser Zwang könnte folgen, wenn finanzielle Anreize und Unterstützung allein nicht ausreichen, um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen. Bayern hat jedenfalls bisher jeglichen Modernisierungszwang abgelehnt. Offen ist auch, ob gesetzliche Anforderungen an Neubau und Renovierung für den Einzelnen wirtschaftlich vertretbar bleiben müssen oder ob möglicherweise auch unwirtschaftliche Maßnahmen gefordert werden können.

Je nach Ausgestaltung der konkreten Maßnahmen könnten sich zu einem späteren Zeitpunkt ggf. Berührungspunkte im Miet- und Steuerrecht (insb. Förderung energetische Gebäudesanierung) ergeben.

Bei der Renovierung von Wohn- und Bürogebäuden bieten moderne Lüftungsanlagen erhebliche Vorteile gegenüber der Fensterlüftung: Es ist praktisch immer gut gelüftet und hohe Luftfeuchtigkeit wird abgeführt. Gesundheitliche Vorteile sind

z.B. eine Atemluft mit niedrigem CO<sub>2</sub>-Gehalt, bessere Leistungsfähigkeit und Konzentration, ein erholsamer Schlaf, weniger störender Umgebungslärm mit geschlossenen Fenstern sowie der Umstand, dass Schadstoffe und Viren abgeführt werden. Geeignete Filter halten Pollen, Staub und Insekten der Außenluft zurück und die Gefahr von Schimmel und Hausstaubmilben sinkt. Mit Wärmerückgewinnung sind Lüftungsanlagen zur Heizperiode überdies höchst energieeffizient. Die Heizkosten sinken deutlich und fossile Energieressourcen werden geschont. Der abnehmende CO<sub>2</sub>-Ausstoß fördert die Einhaltung von Klimazielen. Die Vorteile gelten auch für Arbeitsräume, Kindertagesstätten, Schulen, Hörsäle, Pflegeheime und Kliniken.

Der Landtag schließt sich daher dem Konsultationsbeitrag des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr zur Konsultation der EU-Kommission zur Initiative „Renovierungswelle“ für öffentliche und private Gebäude vom 9. Juli 2020 vollumfänglich an (siehe Contribution ID: 1aea3b7a-2b03-4ac6-8329-9115d8801351; Date: 09/07/2020 10:36:23).

Darüber hinaus bekräftigt der Landtag die vom Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr bereits im Rahmen der Befragung zum Fahrplan zur „Renovierungswelle“ gegenüber der EU-Kommission geäußerten Hinweise, wonach insbesondere bei den nun folgenden Umsetzungsakten des Fahrplans die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips – insbesondere mit Blick auf die alleinige Kompetenz der Mitgliedstaaten für die Bereiche des sozialen Wohnungsbaus und der Wohnraumförderung – zu berücksichtigen ist; dies sollte auch in Anbetracht der bereits bestehenden eigenen Förderprogramme der Mitgliedstaaten für den sozialen Wohnungsbau gelten.

Berichterstatter: **Hans Friedl**  
Mitberichterstatter: **Sebastian Körber**

## II. Bericht:

1. Die EU-Konsultation (§ 83d BayLTGeschO) wurde dem Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das Konsultationsverfahren endberaten.
2. Der Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr hat das Konsultationsverfahren in seiner 27. Sitzung am 22. September 2020 beraten und einstimmig beschlossen, die Federführung zu übernehmen (§ 83d Abs. 2 BayLTGeschO).
3. Der Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr hat das Konsultationsverfahren in seiner 27. Sitzung am 22. September 2020 federführend beraten und mit folgendem Stimmresultat:
  - CSU: Zustimmung
  - B90/GRÜ: Enthaltung
  - FREIE WÄHLER: Zustimmung
  - AfD: Ablehnung
  - SPD: Enthaltung
  - FDP: Zustimmungzu der in I. enthaltenen Beschlussempfehlung Zustimmung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das Konsultationsverfahren in seiner 28. Sitzung am 6. Oktober 2020 endberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
- CSU: Zustimmung
  - B90/GRÜ: Enthaltung
  - FREIE WÄHLER: Zustimmung
  - AfD: Ablehnung
  - SPD: Enthaltung
  - FDP: Zustimmung
- empfohlen, der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zuzustimmen mit der Maßgabe, dass folgender Satz angefügt wird: „Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.“.

**Sebastian Körber**  
Vorsitzender



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

#### **Konsultationsverfahren der Europäischen Union;**

#### **Energie**

#### **Energieeffizienz von Gebäuden – Konsultation zur Initiative „Renovierungswelle“**

**11.06.2020 – 09.07.2020**

Drs. 18/8870, 18/10256

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass folgende Stellungnahme abzugeben:

Der Landtag sieht in Bezug auf die Initiative „Renovierungswelle“ ein hohes Maß an Betroffenheit sowie eine erhebliche landespolitische Bedeutung:

Zum einen berührt die Initiative „Renovierungswelle“ insbesondere den sozialen Wohnungsbau. Im Bereich des geförderten Wohnungsbaus darf die „Renovierungswelle“ nicht dazu führen, dass die Wohnkostenbelastung der Mieterinnen und Mieter erheblich steigt. Dieses Segment des Wohnungsmarkts wendet sich an einkommensschwächere Haushalte, die häufig nicht über die finanziellen Spielräume verfügen, um höhere Wohnkosten tragen zu können.

Zum anderen erfordert eine energetische Ertüchtigung von Gebäuden, die 0 Nettoemissionen von Treibhausgasen bis 2050 zum Ziel hat, erhebliche Investitionen, denen nicht zwingend Einsparungen bei den Kosten für Heizung und Kühlung in gleichem Umfang gegenüberstehen. Vom Eigentümer aufgewendete Kosten für die energetische Ertüchtigung können zudem auf Mieter umgelegt werden; eine „warmmietenneutrale“ Renovierung ist dabei umso unwahrscheinlicher, je ambitionierter die Einsparziele sind.

Unklar bleibt überdies, ob nach der Vorstellung der Kommission auch gesetzlicher Zwang zur Modernisierung ausgeübt werden soll. Dieser Zwang könnte folgen, wenn finanzielle Anreize und Unterstützung allein nicht ausreichen, um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen. Bayern hat jedenfalls bisher jeglichen Modernisierungszwang abgelehnt. Offen ist auch, ob gesetzliche Anforderungen an Neubau und Renovierung für den Einzelnen wirtschaftlich vertretbar bleiben müssen oder ob möglicherweise auch unwirtschaftliche Maßnahmen gefordert werden können.

Je nach Ausgestaltung der konkreten Maßnahmen könnten sich zu einem späteren Zeitpunkt ggf. Berührungspunkte im Miet- und Steuerrecht (insb. Förderung energetische Gebäudesanierung) ergeben.

Bei der Renovierung von Wohn- und Bürogebäuden bieten moderne Lüftungsanlagen erhebliche Vorteile gegenüber der Fensterlüftung: Es ist praktisch immer gut gelüftet und hohe Luftfeuchtigkeit wird abgeführt. Gesundheitliche Vorteile sind z. B. eine Atemluft mit niedrigem CO<sub>2</sub>-Gehalt, bessere Leistungsfähigkeit und Konzentration, ein erholsamer Schlaf, weniger störender Umgebungslärm mit geschlossenen Fenstern sowie der Umstand, dass Schadstoffe und Viren abgeführt werden. Geeignete Filter halten

Pollen, Staub und Insekten der Außenluft zurück und die Gefahr von Schimmel und Hausstaubmilben sinkt. Mit Wärmerückgewinnung sind Lüftungsanlagen zur Heizperiode überdies höchst energieeffizient. Die Heizkosten sinken deutlich und fossile Energieressourcen werden geschont. Der abnehmende CO<sub>2</sub>-Ausstoß fördert die Einhaltung von Klimazielen. Die Vorteile gelten auch für Arbeitsräume, Kindertagesstätten, Schulen, Hörsäle, Pflegeheime und Kliniken.

Der Landtag schließt sich daher dem Konsultationsbeitrag des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr zur Konsultation der EU-Kommission zur Initiative „Renovierungswelle“ für öffentliche und private Gebäude vom 9. Juli 2020 vollumfänglich an (siehe Contribution ID: 1aea3b7a-2b03-4ac6-8329-9115d8801351; Date: 09/07/2020 10:36:23).

Darüber hinaus bekräftigt der Landtag die vom Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr bereits im Rahmen der Befragung zum Fahrplan zur „Renovierungswelle“ gegenüber der EU-Kommission geäußerten Hinweise, wonach insbesondere bei den nun folgenden Umsetzungsakten des Fahrplans die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips – insbesondere mit Blick auf die alleinige Kompetenz der Mitgliedstaaten für die Bereiche des sozialen Wohnungsbaus und der Wohnraumförderung – zu berücksichtigen ist; dies sollte auch in Anbetracht der bereits bestehenden eigenen Förderprogramme der Mitgliedstaaten für den sozialen Wohnungsbau gelten.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

Die Präsidentin

I.V.

**Dr. Wolfgang Heubisch**

VI. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 4** auf:

### **Abstimmung**

**über Europaangelegenheiten, Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Enthaltungen? – Der fraktionslose Abgeordnete Swoboda. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.





4. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 10. Juli 2020 (Vf. 74-VII-20) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Verordnung über Quarantänemaßnahmen für Einreisende zur Bekämpfung des Coronavirus (Einreise-Quarantäneverordnung - EQV) vom 15. Juni 2020 (BayMBl Nr. 335, BayRS 2126-1-6-G)

PII-G 1310.20-0021  
Drs. 18/9918 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

#### Anträge

5. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann u.a. SPD  
Zukunftssicherung der Feuerwehr I:  
Einführung einer Feuerwehrrente  
Drs. 18/6184, 18/9860 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann u.a. SPD  
Zukunftssicherung der Feuerwehr II:  
Überarbeitung der Förderrichtlinien  
Drs. 18/6185, 18/9861 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>



10. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann u.a. SPD  
Zukunftssicherung der Feuerwehr VI:  
Unterstützung bei der Auftragsvergabe  
Drs. 18/8219, 18/9865 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann u.a. SPD  
Zukunftssicherung der Feuerwehr VIII:  
Angebot der Feuerweherschulen ausbauen  
Drs. 18/8764, 18/9868 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Martin Böhm, Christian Kligen u.a. und Fraktion (AfD)  
Klimaideologie stoppen I -  
für eine Trendwende in der Klimapolitik des Bundes  
Drs. 18/7737, 18/9265 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Martin Böhm, Christian Klingen u.a. und Fraktion (AfD)  
Klimaideologie stoppen II -  
für eine Trendwende in der Klimapolitik des Bundes  
Drs. 18/7738, 18/9794 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Europäischer Schüler- und Jugendaustausch für alle II:  
Internationalisierung und Mobilitätsberatung in der beruflichen Bildung  
ausbauen  
Drs. 18/6454, 18/9954 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

15. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Stefan Löw, Richard Graupner u.a. und Fraktion (AfD)  
Ausnahmegenehmigung für Sportschützen nach § 14 Waffengesetz  
Drs. 18/7994, 18/9863 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)  
Mehr Verkehrssicherheit statt überzogener Bußgeldkatalog  
Drs. 18/8058, 18/9975 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Mit Innovationen aus der Krise - steuerliche Rahmenbedingungen richtig setzen  
Drs. 18/8076, 18/10118 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Lückenlosen Mieterschutz garantieren - Mietpreisbremse schrittweise bis 31.12.2025 verlängern  
Drs. 18/8136, 18/9976 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner u.a. SPD  
Corona-Rettungsschirm für die Pflege erweitern -  
Investitionskosten für Pflegeeinrichtungen übernehmen!  
Drs. 18/8148, 18/10124 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)  
Update des „Hilfsprogramms für Künstlerinnen und Künstler des  
Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst“  
Drs. 18/8149, 18/10001 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Josef Seidl, Franz Bergmüller, Dr. Ralph Müller u.a. und Fraktion (AfD)  
Sofortige Rückkehr zu alter Bußgeldkatalog-Verordnung  
Drs. 18/8192, 18/10128 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)  
Zurück in die Normalität, aber mit Weitsicht -  
Vorbereitung auf eine mögliche zweite Corona-Welle  
Drs. 18/8277, 18/10125 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Ferdinand Mang u.a. und Fraktion (AfD)  
Entlastung der Brauereien jetzt -  
Biersteuer auf vernünftiges Niveau zurückführen  
Drs. 18/8282, 18/10119 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)  
Gastronomie im Freistaat retten -  
Hygienekonzept der Staatsregierung unverzüglich zurücknehmen  
Drs. 18/8283, 18/10126 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Josef Seidl, Franz Bergmüller,  
Dr. Ralph Müller u.a. und Fraktion (AfD)  
Sinnvolle Ausweitung von Wohnnutzung auch in Gewerbegebieten  
ermöglichen  
Drs. 18/8349, 18/9973 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,  
Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Kultur braucht Raum: Kostenfrei staatliche Liegenschaften  
der Kultur öffnen  
Drs. 18/8366, 18/10122 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn,  
Volkmar Halbleib u.a. SPD  
EU-weit Milchüberschüsse reduzieren, statt Probleme in die Zukunft  
verlagern - für eine effektive Milchmengenreduzierung in Zeiten einer  
Krise  
Drs. 18/8372, 18/9904 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Unterstützung der Initiative der Städte Budapest, Prag, Warschau sowie Bratislava zur „European Urban Initiative“  
Drs. 18/8374, 18/9887 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Martina Fehlner, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD  
Wegen der Corona-Pandemie vorübergehend keine Preisanpassungen durch die Bayerischen Staatsforsten aufgrund der Dieselpreisentwicklung  
Drs. 18/8383, 18/9912 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Uli Henkel, Ferdinand Mang u.a. AfD  
Gastronomie fördern: Mehrwertsteuer auf nicht-alkoholische Getränke senken!  
Drs. 18/8384, 18/10123 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

